

Kirche In
1. Febr. 2018

Entwicklungshilfe - nur eine Phantomhilfe?

Fast die Hälfte der vermeintlichen staatlichen Entwicklungsgelder von Österreich kommt nicht bei den Ärmsten der Armen an. Mit diesem Problem setzt sich die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe Globale Verantwortung auseinander.

Über das Problem der sogenannten "Phantomhilfe" sprach mit **ANNELIES VILIM**, der Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung KIRCHE IN-Reporter **BERTHOLD SIEGMAR**.

KI: Österreich ist Spitzenreiter bei der Phantomhilfe. Was soll das sein?

Vilim: Als Phantomhilfe bezeichnen wir Mittel, die zwar offiziell als Entwicklungszusammenarbeit ausgewiesen werden dürfen, aus unserer Sicht aber keinen entwicklungspolitischen Mehrwert haben. Der größte Teil dieser Phantomhilfe entfällt auf die Einberechnung der Kosten für die Betreuung von Flüchtlingen im Inland, 2016 machten sie 540 Millionen aus (siehe CONCORD AidWatch Report 2017). Rechnet man weitere Beiträge wie beispielsweise indirekte Studienplatzkosten oder Entschuldungsmaßnahmen hinzu, kommt man auf 45 % der gesamten geleisteten Entwicklungsgelder, die als Phantomhilfe bezeichnet

werden können. Geld, das in Entwicklungsländern nie ankommt. Damit ist Österreich wie schon in den letzten Jahren bei den absoluten Spitzenreitern unter den 28 EU-Mitgliedsstaaten, 2016 nur von Spanien übertroffen.

KI: Was erwarten Sie von der neuen Regierung? Kanzler Kurz vertritt die Meinung "Ländern, die nicht bereit sind, ihre Staatsbürger zurückzunehmen, müssen die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit gekürzt werden."

Vilim: Entwicklungszusammenarbeit hat die Aufgabe, Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen und Armut zu bekämpfen. Wenn man nun versucht sie als politisches Druckmittel zu instrumentalisieren, werden die Ärmsten zum politischen Spielball und letztendlich die größten Verlierer sein. Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit an Rücknahmeabkommen zu knüpfen, trifft aber nicht nur die Falschen, sie ist realpolitisch gesehen auch nicht sonderlich sinnvoll. Die beschämend geringen österreichischen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sind als Druckmittel völlig ungeeignet. Zudem werden Entwicklungsländer bei diesem Konzept als Kinder betrachtet, die man bestrafen muss. Dieses Modell eines Abhängigkeitsverhältnisses ist von gestern und entspricht nicht einer modernen Auffassung in der globalisierten Welt.

Insofern bin ich skeptisch abwartend, welchen Stellenwert Entwicklungspolitik in der neuen Regierung tatsächlich haben wird. Ich gehe jedoch davon aus, dass die international vereinbarten

Zusagen, etwa dazu 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen, sowie die Ankündigung des ehemaligen Außenministers die bilateralen Projektmittel jährlich um 15,5 Millionen Euro und den Auslandskatastrophenfonds zu erhöhen, weiterhin Gültigkeit haben werden.

KI: Für welche Zwecke soll die Entwicklungshilfe eingesetzt werden?

Vilim: Laut EZA-Gesetz hat die Entwicklungszusammenarbeit drei Ziele: Die Bekämpfung der Armut, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie Erhaltung der Umwelt und den Schutz natürlicher Ressourcen. Die Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zur Abwehr von Menschen und Migration ist definitiv kein Ziel der Entwicklungszusammenarbeit.

KI: Was halten Sie von der Feststellung, "Wer Europa retten will, muss Afrika retten."

Vilim: In Afrika verbessert sich die Situation in den meisten Staaten, davon hört man aber weit weniger als von Kriegen, Katastrophen und Konflikten. Grundsätzlich ist der Gedanke aber schon wichtig, dass wir uns als globale Bevölkerung verstehen und Probleme gemeinsam und partnerschaftlich angehen müssen. Daher auch unsere Forderung nach einem Zukunftspakt mit Afrika, der unter anderem auf faire Handelbeziehungen setzt und die Forderung nach einer zusätzlichen Entwicklungsmilliarde für



Annelies Vilim

Afrika in der kommenden Legislaturperiode beinhaltet. Wer eine gute Zukunft für Österreich will, muss die Welt im Blick haben. Herausforderungen wie die Bekämpfung von Armut und extremen Ungleichheiten sowie die Verhinderung der Klimakatastrophe kann man nur durch international abgestimmtes Handeln begegnen. Auf UN-Ebene hat man 2015 einen klaren Masterplan festgelegt, um eine derartige soziale und nachhaltige Entwicklung weltweit zu gewährleisten: die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs). Alle 193 Mitgliedsstaaten der UN inklusive Österreich haben sich dazu bekannt und Österreich sollte ehestmöglich eine klare Strategie zur Umsetzung vorlegen, um zur Erreichung dieser Ziele einen Beitrag zu leisten.

KI: Soll man die Entwicklungshilfe nur im Ausland einsetzen angesichts der Tatsache, dass rund eine Million Österreicher armutsgefährdet sind?

Vilim: Internationale Zusammenarbeit und Armutsbekämpfung in Österreich sind zwei zentrale politische Herausforderungen der heutigen Zeit. Es ist ganz wichtig, in Armut lebende Menschen nicht gegeneinander auszuspielen. Es gäbe ausreichend Mittel für beide Herausforderungen. Meiner Meinung nach fehlt es letztlich am politischen Willen, diesen Problemen ernsthaft zu begegnen.

KI: Gibt es auch "schwarze Schafe" unter den Hilfsorganisationen? Was kann man gegen Missbrauch unternehmen?

Vilim: Unsere Mitgliedsorganisationen erfüllen die höchsten Standards an Transparenz und es gibt ganz klare Regelungen bei Förderungen durch staatliche Stellen, die genau eingehalten werden. Wir würden uns wünschen, dass diese Transparenz auch in anderen Bereichen gewährleistet wäre.

KI: Wie ist Ihre Vorstellung von einer gerechten Entwicklungshilfe?

Vilim: Eine gerechte Entwicklungspolitik sollte einerseits durch Projekte und Programme Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, nicht zuletzt in den am wenigsten entwickelten



Kundgebung der AG Globale Verantwortung

Ländern dieser Erde. Gleichzeitig braucht es auch Anstrengungen in anderen Politikbereichen, wie etwa der Agrarpolitik, der Handelspolitik, der Steuerpolitik oder der Rohstoffpolitik. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen oder zumindest diese nicht behindern. Solange beispielsweise die EU durch die subventionierte Landwirtschaft billiges Milchpulver in Entwicklungsländer exportiert und den Aufbau lokaler Märkte vor Ort behindert, konterkariert dies die Unterstützung dieser lokalen Märkte durch die Entwicklungszusammenarbeit. Vereinfacht gesagt: Die eine Hand nimmt, die andere gibt. Das macht keinen Sinn und muss ehestmöglich verändert werden.

KI: Brauchen wir viele kleine Organisationen oder nur eine zentrale, die auch mehr Macht hätte, sich den Politikern entgegenzusetzen?

Vilim: Die entwicklungspolitischen Organisationen leben von ihrer Vielfaltigkeit. Die AG Globale Verantwortung hat derzeit 35 Mitgliedsorganisationen mit unterschiedlichen Expertisen in der Entwicklungszusammenarbeit, Humanitären Hilfe und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Sie alle leisten in Kooperation mit anderen Organisationen sehr wertvolle Arbeit im internationalen Kontext. Als Dachverband setzen

wir uns den PolitikerInnen nicht entgegen, im Gegenteil: wir bringen unsere Expertise und die unserer Mitgliedsorganisationen in den Dialog mit PolitikerInnen ein und versuchen einen Beitrag zur Stärkung der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe zu leisten.

KI: Wäre es möglich, "professionelle Entwicklungshelfer" auszubilden und nicht vor allem auf freiwilligen zu basieren?

Vilim: Entwicklungszusammenarbeit basiert auf der langfristigen Arbeit professioneller ExpertInnen mit Erfahrungen und entsprechender Ausbildung in den Organisationen sowie auf dem freiwilligen Engagement von Einzelnen. Auch die Freiwilligen, die sich in unseren Mitgliedsorganisationen einbringen, leisten professionelle Arbeit. Sie werden geschult und ausgebildet. Eine große Rolle kommt auch den Partnerorganisationen vor Ort zu, die mit ihrer Expertise wesentlich zur Umsetzung von Projekten beitragen. Diese regional ansässigen Organisationen führen mit ihrer Expertise die Arbeit vor Ort durch.

KI: Frau Vilim, wir danken für das Gespräch

Mag.a Annelies Vilim ist seit 2013 Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung, Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Organisationen mit derzeit 35 Mitgliedsorganisationen.